

Miteinander studieren in Köln – und in NRW

Angaben der Vereinten Nationen zufolge befanden sich im Jahr 2015 weltweit rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht. 329.000, die ihre Heimat wegen Krieg, Verfolgung, Naturkatastrophen oder anderer Notsituationen verließen, kamen in Nordrhein-Westfalen an. „All diese Menschen hatten ein Leben vor der Flucht und sie hatten eine Vorstellung davon, wie ihre Zukunft aussehen sollte“, sagte NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze zum Auftakt der Veranstaltung „Miteinander studieren in Köln – und in NRW“ des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Viele dieser Menschen sind noch jung und wollen sich hier eine Existenz aufbauen. Dieses Potenzial müssen wir nutzen“, ergänzte Martin Pfafferott vom Landesbüro NRW während seiner Begrüßung.

In Nordrhein-Westfalen setzen sich laut Schulze die Hochschulen bereits seit langem auf eine beeindruckende Art und Weise dafür ein, studieninteressierten Flüchtlingen den Zugang zu einem Studium in Deutschland zu ermöglichen. „Viele Geflüchtete bringen die formalen Voraussetzungen für ein Studium mit. Oft fehlen jedoch ausreichende Sprach- und Fachkenntnisse. Viele Flüchtlinge sind traumatisiert und kaum auf ein Leben in Deutschland vorbereitet“, sagte Schulze und ergänzte: „Integration ist eine Herausforderung – allerdings sind viele der Geflüchteten sehr motiviert, diese zu meistern.“ Nordrhein-Westfalen sei schon immer ein Einwanderungsland gewesen. Jeder vierte Einwohner habe einen Migrationshintergrund und erinnert an die sogenannten "Gastarbeiter" in den 1960er-Jahren: „Viele Familien leben



bereits in dritter oder vierter Generation unter uns. Sie sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft.“ Nun müsse alles dafür getan werden, dass auch die neu Angekommenen möglichst früh in unsere Gesellschaft integriert werden. Am besten gelinge das über Sprache, Kultur, Bildung und den Zugang zu Arbeit.

Unterstützen soll dabei das Team der Refugee Law Clinic Cologne, einer Initiative Kölner Jurastudent_innen. Der Besuch der Vorlesung „Einführung in das Asylrecht“ ist eine der Voraussetzungen, die die Aktiven des Vereins erfüllen müssen. „Dazu kommen zahlreiche Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen unter anderem zum Umgang mit traumatisierten Menschen“, machte Daniel Diedrichsen, der Vorsitzende der Initiative deutlich. Zweimal im Monat bietet das Team der Refugee Law Clinic, zu der inzwischen rund 300 Mitglieder – hauptsächlich der Rechtswissenschaften – gehören,

Sprechstunden in Asylbewerberwohnheimen an. „Es geht dabei selten um zu leistende Ad-hoc-Hilfe. Wir haben natürlich nicht alle das Fachgebiet Asylrecht und daher sind viele Recherchen notwendig“, erläuterte Diedrichsen. In zahlreichen Fragen zum Aufenthaltsstatus von Geflüchteten habe die Refugee Law Clinic Cologne bereits helfen können. Unterstützt werden die engagierten Student_innen auch von einem Beirat, der mit Volljurist_innen die erforderliche Aufsicht gewährleistet und das Team unterstützt. „Natürlich sind wir nicht in allen Fällen erfolgreich. Aber wir können zeigen, dass Hilfe da ist und dass die Hilfesuchenden nicht allein gelassen werden“, erklärte die Pressesprecherin und ehemalige Vorsitzende der Initiative, Corinna Ujkasevic.

Neben Klarheit über den Aufenthaltsstatus von Geflüchteten sind unter anderem Deutschkenntnisse auf Universitäts-Niveau Voraussetzung für einen Studienstart in Deutschland. „Ich kann bisher nicht bestätigen, dass die große Anzahl der Geflüchteten ohne Zeugnisse und Papiere gekommen sind. Von den 500 Studieninteressierten, die bisher bei uns vorstellig wurden, hatten alle die Dokumente dabei“, sagte Dr. Susanne Preuschoff vom International Office der Universität zu Köln. Das International Office bietet Sprachkurse an und fordert die Teilnahme an einem so genannten Studierfähigkeitstest. „Dann gehen die Geflüchteten ganz normal in den Wettbewerb mit allen anderen Bewerber_innen um die Studienplätze“, machte sie deutlich.



Moderiert von der Journalistin Priya Bathe diskutierten Schulze, die Prorektorin für Gleichstellung und Diversität der Universität zu Köln, Professorin Dr. Manuela Günter, die stellvertretende wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Gabriele Hammelrath, die Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschusses (ASTAs) der Universität zu Köln, Katharina Letzelter, und die stellvertretende Direktorin des Instituts für Entwicklungspolitik, Dr. Imme Scholz, über die Möglich-



keiten des Hochschulzugangs für Geflüchtete. „Von den 500 studieninteressierten Geflüchteten haben die ersten 40 mit ihren Sprachkursen begonnen. 20 von ihnen werden nun wohl auch bei uns studieren können“, sagte Günter. Die Nachfrage nach Medizinstudienplätzen sei bei den Kursteilnehmer_innen besonders hoch. „Anfangs haben wir vor allem juristische Fragen in den Vordergrund gestellt: was machen wir, wenn die Geflüchteten ohne Papiere zu uns kommen?“, blickte Schulze zurück. Anders als internationale

Studierende hätten sich die Geflüchteten nicht auf ein Studium im Ausland vorbereiten können. „Unsere Sorge hat sich bisher als unbegründet herausgestellt. Allerdings müssen wir erklären, welche Fächer wir in NRW anbieten und was es mit der dualen Ausbildung auf sich hat“, erläuterte die Wissenschaftsministerin. Schließlich sei das duale Ausbildungssystem im internationalen Vergleich etwas ganz Besonderes und nahezu Einzigartiges. Hammelrath kritisierte die langen Wartezeiten, die die Geflüchteten an einem Ankommen in Deutschland hinderten: „Was machen wir nur mit der Lebenszeit dieser Menschen?“, fragte sie.

Auf dem Weg hin zum Studienplatz und darüber hinaus unterstützen zahlreiche studentische Initiativen wie die Refugee Law Clinic Cologne Geflüchtete. „Die meisten Studierenden sind Geflüchteten gegenüber positiv eingestellt und versuchen, viel zu bewegen“, sagte Letzelter – wenngleich auch die Studierendenschaft als Abbild der Gesamtgesellschaft natürlich nicht frei von der Kehrseite, Ängsten und rassistischen Tendenzen sei. Auf Initiative des AStAs wurden Spenden gesammelt, zusätzlich gab es eine Kleideraktion. „Aktuell setzen wir uns dafür ein, mehr Plätze für internationale Studierende zu schaffen“, machte sie deutlich und ergänzte: „Zusätzlich muss es bezahlbaren studentischen Wohnraum geben.“ Auch Günter machte auf die Finanzierbarkeit eines Studiums für Geflüchtete aufmerksam. „Wir haben daher einen Flüchtlingsfonds gegründet, der inzwischen mit 90.000 Euro ausgestattet ist und aus dem in wirklichen Notfällen schnell Hilfe geleistet werden kann“, sagte sie.



Flucht bezeichnete Scholz als unfreiwillige Mobilität. „Ob die Geflüchteten nach dem Studium oder einem anderweitigen Aufenthalt in Deutschland in ihre Länder zurückkehren, ist eine individuelle Entscheidung“, erläuterte die Wissenschaftlerin. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD)



verzeichne aktuell eine Rückkehrquote von 60 Prozent. „Dabei handelt es sich aber um Studierende aus Ländern, in die man sicher zurückkehren kann“, sagte sie. Demnach müssten die Voraussetzungen für einen dauerhaften Aufenthalt der Geflüchteten in Deutschland geschaffen werden. Das sei nun gemeinsame Aufgabe von Politik, Hochschulen und Gesellschaft. „Und die nehmen wir von Anfang an ernst“, zeigte sich

Hammelrath überzeugt. Die Nachtragshaushalte seien eine Reaktion auf die sich ständig verändernde Situation im Land. „Allein für erste Maßnahmen wie die Unterbringung der Geflüchteten haben wir vier Milliarden Euro mobilisiert und wir sind auch gewillt, weitere Gelder zur Verfügung zu stellen, wo diese benötigt werden“, sagte die Landespolitikerin. Dabei müsse jedoch die jeweilige regionale Situation betrachtet werden. „Die Situation auf dem Land und in den großen Universitätsstädten ist sehr unterschiedlich“, machte Hammelrath deutlich und sprach sich für eine bedarfsgerechte Förderung – auch der Hochschulen – aus.



--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln

Redakteur: Martin Pfafferott, Landesbüro NRW der FES

Fotos: Cornelia Danetzki